

NPD sollte verboten werden

Liebe Mitbürger, Liebe Mitbürgerinnen,

die NPD sollte verboten werden. Der Vorstoß, den die Innenminister der Länder auf ihrer Konferenz am 5. Dezember gemacht haben, ist richtig. Die NPD ist eine verfassungswidrige Partei, die mit Kameradschaften und anderen rechtsextremen Gruppen systematisch Menschenrechtsverletzungen organisiert und daran arbeitet, die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte in dieser Form abzuschaffen. So eine Partei darf nicht weiter mit Steuergeldern gefördert werden.

Bundesinnenminister Friedrich packt das Problem mal wieder nicht an. So erweckt er den Eindruck, als wolle er sich der politischen Verantwortung entziehen. Dabei wäre es ein wichtiges Signal, dass Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung gemeinsam das Verbot vorantreiben. Wir brauchen die politische Geschlossenheit aller Demokraten und kein Zögern und Zaudern.

Ein Verbotsverfahren birgt natürlich das Risiko, dass es scheitern kann. Das ist aber kein Grund, gleich die Flinte ins Korn zu werfen. Wichtig ist, vor Beginn des Verfahrens genug Beweise zu sammeln, die definitiv nicht von V-Leuten stammen.

Die NPD vertritt eine antidemokratische, fremdenfeindliche, antisemitische Haltung und bekämpft aggressiv unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung - auch hier in unserer Region. Viele gesellschaftliche Gruppen leisten hervorragende und wichtige Arbeit für Aufklärung und Prävention. Hier muss auch der Staat endlich Farbe bekennen.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Luehmann'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.